

Den Stein ins Rollen bringen: Politische Lobbyarbeit für Alleinerziehende

Peggi Liebisch

I. Die Alleinerziehenden

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) setzt sich seit 43 Jahren für die Interessen alleinerziehender Mütter und Väter ein. Vor allem in den letzten Jahren hat mit dem gesellschaftlichen Diskurs um Kinderrechte auch die Interessenvertretung der Kinder zugenommen. Die politische Strategie des VAMV hat sich seit dem starken Impuls seiner Gründerin Luise Schöffel grundsätzlich nicht geändert und wenn es nach ihr ginge, gäbe es den Verband schon gar nicht mehr. Die Gründerin des VAMV hat folgenden Satz geäußert: »*Ein erklärtes Ziel unserer Arbeit ist es, den VAMV perspektivisch überflüssig zu machen.*« Die heutigen Akteurinnen und Akteure des Verbands nehmen dieses Zitat sehr ernst, dient es doch in erster Linie dazu, den Verband und die Alleinerziehenden nicht als Mittel zum Zweck zu instrumentalisieren, sondern auf eine gesellschaftliche Zukunft hinzuwirken, in der es keine Rolle mehr spielt, in welcher Lebensform die Menschen (gerade) leben.

In Strukturen zu leben, die traditionell bestimmte Lebensformen bevorzugen und damit andere benachteiligen, bedeutet für Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine aufziehen, ständig an Grenzen zu stoßen. Im monetären Bereich ist dies fast ausschließlich die Konfrontation mit dem Institut Ehe. Egal ob mit oder ohne Kinder, Ehegatten werden bei traditioneller Lebensführung bzw. Rollenteilung steuerlich stärker entlastet als es je Alleinerziehende wurden. Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen sind die Strukturen entweder auf Paare oder zahlungskräftige Singles ausgerichtet. Reiseunternehmen bieten günstige Reisen außerhalb der Schulferien an. Familienrabatte in Museen, Schwimmbädern und bei der Bahn sind häufig an ein Elternpaar gekoppelt. Alleinerziehende sind gezwungen, trotz geringerer Ressourcen die gleichen Beiträge wie ein Paar zu bezahlen, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Der Besuch im Schwimmbad, im Theater, bei einer Sportveranstaltung wird zum finanziellen Kraftakt und manchmal auch unmöglich.

Die Chancen, vor allem im Interesse der Kinder, diesem ständigen Armutsrisiko zu entrinnen, sind aufgrund der gegebenen gesellschaftlichen Strukturen gering. Individuelle Perspektiven einer zufrieden stellenden Lebensführung sind die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Veränderung. Politische Entscheidungen, die diese Perspektiven unterstützen und in die Gesellschaft integrieren, müssen die Folge sein.

II. Strategie

Ausgehend von der vor allem in der Verbandsarbeit täglich bestätigten Annahme, dass Alleinerziehende sich heute selbst nicht mehr als defizitär, schuld oder als Ausnahme betrachten, liegt die Strategie des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) darin, die überholten gesellschaftlichen Strukturen, anachronistischen gesetzlichen Regelungen und insbesondere die verkrusteten politischen Ansätze von zielorientierter

Klientelpolitik zu überwinden. Überwinden heißt bekämpfen und der Kampf sieht so aus: Mit der Vorstellung, welche gesellschaftlichen Verhältnisse am besten für Alleinerziehende wären, konzipiert der VAMV reformtaugliche Themen. Zu nennen sind hier exemplarisch die Einführung der Individualbesteuerung und die Installation einer Kindergrundsicherung. Das hört sich ganz unaufgeregt an und klingt gar nicht nach Vision. Wer ein bisschen im Thema ist, weiß jedoch, welcher »Rattenschwanz« an Änderungen notwendig wäre, um diese beiden Maßnahmen zu realisieren – das wären für deutsche Verhältnisse »echte« Reformen von gesellschaftspolitischer Relevanz.

Das über fünfzig Jahre alte Brett des Ehegattensplittings zu zersplittern und damit ein Freudenfeuer zu entfachen, um das die alleinerziehenden Mütter und Väter, die nichtehelichen Eltern und die verpartnerten Gefährt/innen tanzen bzw. ihr Stockbrot rösten würden, wäre so eine Reform. Eine Kindergrundsicherung einzuführen, die den noch fehlenden Kinderteil des sogenannten Generationenvertrags einlösen würde, wäre auch eine Reform. Der alte prall gefüllte Sack der familienpolitischen Leistungen, die so ineffektiv sind, dass sie über den dokumentierten Zeitraum von drei regierungsamtlichen Armutsberichten die Kinderarmut nicht verringert haben, würde ersetzt durch eine mittlerweile gut beforschte Kindergrundsicherung, die die Kinderarmut deutlich verringern würde (1).

Die Strategie heißt erstens »Wissensvorsprung schaffen und Kompetenzvorteile nutzen« (2). Damit ist gemeint, dass der VAMV seine politischen Forderungen sorgfältig plant, mit der Expertise seiner Verbandsakteur/innen und den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen füttert und mit dem Rückenwind von Basisentscheidungen vorantreibt. So steht das Konzept der Kindergrundsicherung mittlerweile auf soliden Füßen und gewinnt im Laufe der Zeit immer mehr Anhänger/innen, weil es bislang allen Gegenargumenten Stand halten konnte und in der Klärung der angrenzenden Rechtsbereiche ständig Fortschritte macht. Beim Ehegattensplitting ist die Sachlage wesentlich eindeutiger: Obwohl regelmäßig gerügt von der OECD, von der Europäischen Union und von renommierten Verfassungsrechtlerinnen (3) hält Deutschland standhaft an einer Lebensformbesteuerung fest, die »nur« noch mit konservativer Ideologie oder einem Übermaß an Eigennutz der Entscheidungsträger zu rechtfertigen ist. Den jüngsten Nachweis der Fehlfunktion der Ehegattenbesteuerung liefert der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (4). Alle Argumente für die Einführung einer Individualbesteuerung liegen auf dem Tisch. Die Fundamente bei der Kindergrundsicherung und bei der Individualbesteuerung werden gestärkt durch ein weiteres Strategie-Instrument:

Die Strategie heißt zweitens: Bündnisse schmieden und Kooperationen eingehen. Als der VAMV im Jahr 2008 mit seiner Forderung für die Einführung einer Kindergrundsicherung in die Öffentlichkeit ging, war er zwar in guter Gesellschaft mit all den anderen Kritiker/innen der Armutsberichtserstattung – doch eine radikale Abkehr vom bisherigen System der Unterstützung von Kindern forderte nur er. Seine verbandsspezifische Öffentlichkeitsarbeit nutzend, d.h. vor allem aktiv in Richtung Fachöffentlichkeit, sprich andere Verbände, Organisationen und die Wissenschaft, zu agieren, verschaffte dem VAMV bald genügend Überzeugungskraft, das Modell als Option zum herkömmlichen Familienlastenausgleich zu diskutieren. Immer mehr Organisationen schlossen sich der Idee an, bis schließlich das breite Bündnis Kindergrundsicherung entstand, das mittlerweile aus dem politischen Diskurs nicht mehr wegzudenken ist. Auch die Kritik am Ehegattensplitting wird (endlich) lauter. In

einem Bündnis von 16 Verbänden positionierte sich der VAMV 2007 in einem Offenen Brief lautstark als Verfechter der Individualbesteuerung (16 Verbände fordern individuelle Besteuerung anstelle eines Familiensplittings; Anlässlich des CDU-Parteitags wenden sie sich mit einem alternativen Steuermodell an die Öffentlichkeit, PM 3.12.2007). Innerhalb der Parteien, der Gewerkschaften und der großen Verbände gibt es bei den Frauen und in deren Gremien eine Mehrheit, die für die Abschaffung des Ehegattensplittings ist – allein, sie haben dies gegenüber ihren Vorständen noch nicht durchsetzen können.

Die Strategie heißt drittens: Nicht von der roten Linie abweichen. Obwohl ein Strategieplan in der Regel nicht immer eins zu eins umsetzbar ist, sondern im Zusammenspiel mit den äußeren Faktoren ständig angepasst werden muss, achtet der VAMV darauf, sich nicht allzu sehr von seinem definierten Ziel zu entfernen. Jedes Zugeständnis an die Machbarkeit, jeder Kompromiss zugunsten einer breiteren Beteiligung wird gründlich überlegt. So mag es verwundern, dass der VAMV im dritten Strategie-Schritt beim Bündnis Kindergrundsicherung wieder ausgestiegen ist, weil sich die Mehrheit der nun aktiven Verbände für eine Richtung entschieden hat, die nicht zum VAMV-Grundsatz passt. Konkret handelt es sich dabei um zwei Inhalte im Konzept einer Kindergrundsicherung, an der der VAMV festhält: Sie muss ein individueller Anspruch des Kindes sein und sie darf nicht über das Einkommen der Eltern besteuert werden. Trotz der inhaltlichen Unterschiede treten die Konzepte nicht in Konkurrenz, was die Kommunikation in der Öffentlichkeit angeht. Wie auch bei der Diskussion um das Kinderwahlrecht gibt es zahlreiche Möglichkeiten, dieses umzusetzen ohne dass es im Moment notwendig wäre, sich auf eine einzige zu verständigen. Die Kindergrundsicherung wird als Gesamtkonzept für eine notwendige Änderung des bisherigen Regelungswerkes in die politische Debatte eingebracht. Die Akteur/innen betonen die Gemeinsamkeiten und das macht sie stark. Das Gleiche gilt für die Verfechter/innen der Individualbesteuerung. Sie lassen sich nicht ablenken oder beirren durch den Vorschlag für ein so genanntes Familiensplitting, das die Systematik des Ehegattensplittings nicht aufbricht, sondern verstärkt und kompliziert, indem es weitere Splittingfaktoren (Kinder) hinzufügen will. Das gesellschaftspolitische Ziel bei der Einführung ist ein an der Gleichstellung der unterschiedlichen Lebensformen orientiertes und wird damit immer dringlicher, da viele Menschen bereits in anderen Lebensformen als der traditionellen Ehe leben, »gutes« Geld verdienen, damit Leistungsträger/innen im regierungspolitischen Jargon sind und es verdient haben, gemessen an ihrem Einkommen Steuern zu bezahlen und nicht abhängig von ihrer momentanen Lebensform.

III. Umsetzung

Last but not least in der Fülle der strategischen Aktivitäten des VAMV zur Interessenvertretung der über zwei Millionen Alleinerziehenden in Deutschland steht das Bewusstsein, dass der Verband zwar den Stein des Anstoßes benennen und zusammen mit anderen den Stein ins Rollen bringen kann – er ist jedoch nicht derjenige, der seine Forderungen umsetzt. Die Verbände werden »nur in den seltensten Fällen auch an der Umsetzung der von ihnen angeregten oder mitentwickelten Maßnahmen beteiligt. Als Impulsgeber besteht ihre Hauptaufgabe darin, konkrete gesellschaftliche oder politische Veränderungen anzustoßen. Dafür liefern sie nicht nur das inhaltliche Planungs- und Diskussionsfundament, sondern häufig auch fertige Reformkonzepte gleich mit« (5). Im günstigsten Fall werden Verbände bereits in die Überlegungen zu einem Gesetzentwurf hinzugezogen, das kommt jedoch im Bereich des Familien- und Gleichstellungslobbyings sehr selten vor. »Echte« Reformen, die

eine Verbesserung der Lebensbedingungen weiter Teile der Bevölkerung zur Folge haben, gibt es schon seit geraumer Zeit nicht mehr; an den Folgen des herausragenden Negativbeispiels, den sogenannten Hartz-Reformen, leidet das Sozialsystem und die davon abhängigen Menschen wohl noch über Jahre. Auch die Alleinerziehenden und ihr Verband, der VAMV, werden wohl noch eine ganze Weile brauchen, bis es in den Einzelgesetzen keine Rolle mehr spielt, ob er oder sie alleinerziehend ist oder nicht.

Anmerkungen

- (1) Becker/ Hauser, 2010
- (2) Bertelsmann Stiftung, S. 20, 2010
- (3) z.B. Sacksofsky, 2010
- (4) Ebenda, S. 40 ff, 2011
- (5) Bertelsmann-Stiftung, S. 22, 2010

Literatur

Becker, Irene / Hauser, Richard: Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2010.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategisch. Praktisch. Gut. Strategie-Kompass für nichtstaatliche und gemeinnützige Organisationen, Gütersloh 2010.

Bundesregierung: Erster Gleichstellungsbericht, Gutachten der Sachverständigenkommission, <http://www.fraunhofer.de/ueber-fraunhofer/geschaeftsstelle-gleichstellungsbericht/index.jsp>, 2011.

Sacksofsky, Ute: Einfluss des Steuerrechts auf die Berufstätigkeit von Müttern, in: Geschlechtergerechtigkeit, Festschrift für Heide Pfarr von Christine Hohmann Denhardt, Marita Körner, Reingard Zimmer (Hrsg.), Baden-Baden, 2010.

Autorin

Peggi Liebisch ist Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin (Universität Konstanz). Sie war von 1994-2011 Bundesgeschäftsführerin des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter. Ab Mai 2011 ist sie Bundesgeschäftsführerin des pro familia Bundesverbands.

Kontakt:

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV)

Hasenheide 70

10967 Berlin

Telefon: (030) 69 59 78 6

Fax: (030) 69 59 78 77

E-Mail: kontakt@vamv.de

www.vamv.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de